



Dittrichring 24 · 04109 Leipzig
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 / 9 61 24 43
Fax: 0341 / 9 61 24 99
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
E-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

RESÜMEE

Leipzig, den 18.06.2011

Unser Zeichen: Podiumsdiskussion zum 17. Juni.dot

Diskussionsveranstaltung zum 17. Juni 1953 mit den Historikern Jan Foitzik und Mike Schmeitzner

Das Bürgerkomitee wollte in diesem Jahr dem Gedenken auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte des Volksaufstandes zur Seite stellen. Mit den Historikern Jan Foitzik vom Institut für Zeitgeschichte München, Abteilung Berlin und Mike Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden saßen zwei ausgewiesene Experten zu dem Thema auf dem Podium und diskutierten unter der Moderation von Tobias Hollitzer vor einem interessierten Publikum.

In seinem vorangestellten Eröffnungsreferat konnte der Historiker Jan Foitzik aufgrund fehlender Untersuchungen die Frage nicht beantworten, was es für konkret Leipzig bedeutete, dass, nachdem die Stadt im April von der US-Armee von der NS-Diktatur befreit worden war, die sowjetische Armee Anfang Juli 1945 in der Stadt einmarschierte. Daher konzentrierte er sich abstrakt auf den Begriff „Sowjetisierung“, den er immer in Anführungsstriche gesetzt wissen wollte. Zunächst von der Sowjetunion als machtpolitische, gesellschaftliche Einbindung verschiedener Länder in den Bereich der UdSSR selbst propagiert, wurde der Ausdruck 1939 durch das Paradigma der „Befreiung“ ersetzt und 1950 schließlich verboten, was stillschweigend für den ganzen Ostblock bis 1989 galt.

Im Westen dagegen wurde die Theorie der Sowjetisierung von Wissenschaftlern weiterentwickelt und als analytisches Instrumentarium benutzt. Der Begriff beschrieb zunächst die militärisch-imperiale Dimension der Hegemonie der Sowjetunion über Osteuropa. Weitere Ebenen seien Parteidiktatur, ideologische, mentale und kulturelle Vereinheitlichung und die strukturelle und kulturelle Gleichschaltung der betroffenen Gesellschaften. Gerade in den letzten Bereichen habe das am wenigsten funktioniert, so Foitzik.

Die generelle Schwäche des Konzeptes der Sowjetisierung sei, dass es auf mehr auf Absichten abziele und weniger auf die Wirkung. Hinzu komme, „dass gleiche Intentionen, Institutionen und Regelungsmechanismen nicht automatisch zu den gleichen Ergebnissen führen.“ In Polen, dem Baltikum oder in der Tschechoslowakei hätten die sowjetischen Besatzer doch ziemlich unterschiedlich agiert. Trotzdem neige man immer noch dazu für die Zeit nach 1945 von einem bestimmten Modell zu sprechen und einfach unter dem Rubrum „Sowjetisierung“ zu verbuchen. Ein Beispiel für dieses Auseinanderklaffen von Wahrnehmung und Wirklichkeit sei der Antrag von Grotewohl und Pieck bei den sowjetischen Behörden öffentlich-rechtliche Jugend- und Frauenausschüsse (später FDJ und Demokratischer Frauenbund) bilden zu dürfen. Dies war in keinerlei Hinsicht sowjetisch, sondern beruhte auf der Praxis der Nationalsozialisten.

Für Foitzik gab es in der SBZ keine Sowjetisierung als solche, sondern ein „gemischtes System“, da die Besatzungsmacht nicht zwischen deutsch und sowjetisch unterschieden hat. Verfügungen galten oft für beide Seiten. Die SED versuchte die Kontakte zur Besatzungsmacht ab 1947 zu monopolisieren, was ihr auch zunehmend gelang. Ab Mitte der 1950er Jahre, als sich die Sowjets zunehmend von der Kontrolle zurückzogen, habe dann die Stasi die Kontakte und Kontrolle von SED und deutscher Verwaltung übernommen. Über dieses Verhältnis von Stasi zu SED und Verwaltung sollte geforscht werden, vor allem in der Stasi-Unterlagenbehörde, so Foitzik abschließend.

Im Anschluss an den Vortrag kam Tobias Hollitzer mit Mike Schmeitzner und Jan Foitzik ins Gespräch. Schmeitzner schloss sich, was die Unterschiede in den verschiedenen sowjetisch besetzten Ländern anbelangte, Foitzik an. Es seien doch mehr als nur graduelle Abweichungen etwa in Polen oder dem Baltikum. Nach seiner Meinung hätte die Sowjetische

Militäradministration in Deutschland (SMAD) in der SBZ ebenso die „Sowjetisierung“ exekutieren können, wie etwa im Baltikum, jedoch entschied man sich für einen längeren Weg. Das erkläre auch, warum nur hier vier Parteien gegründet wurden, oder warum die KPD aus taktischen Gründen einen Aufruf startete, in dem sie die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 forderte und nicht die Vollendung eines kommunistischen Systems. Für die Partei sei das 1945 die große Chance gewesen, mithilfe der sowjetischen Truppen, die das Land sicherten, ihre Absichten durchzusetzen. Hier ergebe sich eine Divergenz. Die KPD hat die Chance dann relativ schnell genutzt und ihren Machtanspruch ausgebaut.

In Leipzig waren jedoch durch die 10-wöchige amerikanische Besatzung viele leitende Stellen in der Verwaltung mit demokratischen Kräften besetzt worden, so dass der KPD die Kontrolle hier viel schwerer fiel und auch die Zwangsvereinigung mit der SPD 1946 auf heftigeren Widerstand stieß. Ab 1948 ließ dann die SED alle Taktik fallen und machte sich an die offene Diktaturdurchsetzung, wobei die Führung in Moskau andere Alternativen gehabt hätte, die SED hatte keine.

Wer war die treibende Kraft dieses beschriebenen Sonderweges, wollte Tobias Hollitzer von beiden Podiumsteilnehmern wissen. Foitzik betonte, dass es schon 1945 den Vorschlag von Ulbricht gab, eine Art DDR aufzubauen. Wer letztlich die treibende Kraft dafür war und wer bremste sei jedoch irrelevant. Der Historiker Norman Naimark habe das einmal so formuliert: „Die DDR ist das Ergebnis deutsch-russischer Interaktion.“ Es habe zum Beispiel Befehle von Stalin gegeben, über die sich Ulbricht einfach hinweg gesetzt hat und selbst agierte. Die Frage sei hier nur, warum? Die deutschen und russischen Dokumente gingen hier auch noch auseinander. Zudem seien viele Dokumente zu floskelartig, als dass man konkrete Aussagen herauslesen könnte. Es heiße immer so schön: Die DDR war Stalins ungeliebtes Kind. Da könne man dagegen halten. „Immerhin sein Kind“, so Foitzik.

„Doch wessen Entscheidung war es 1945 vordergründig, dass es in der SBZ etwas ‚moderater‘ zugeht als in anderen Ländern, wo die Sowjetmacht ihre Politik radikaler durchgesetzt hat“, so eine weitere Frage des Moderators. Er glaube nicht, dass das eine bewusste Entscheidung gewesen war, so Foitzik, es habe sich so ergeben, vor allem, weil es die Sowjets mit den drei weiteren Besatzungsmächten zu tun hatten. Das erforderte bis 1948 ein gewisses Lavieren im Alliierten Kontrollrat, wo es noch andere Interessen zur berücksichtigen galt. Die KPdSU sah auch ein, dass man der KPD/SED einen gewissen Spielraum lassen musste, was vor allem Ulbricht voll ausnutzte. Obwohl es ihm einige Probleme bereite, sich Ulbricht als intellektuellen Verhandlungspartner vorzustellen, so habe er mit Sicherheit schlau taktiert und sei mit seiner Sturheit weit gekommen, betonte Foitzik.

Moskau hatte durchaus verschiedene Optionen, bemerkte Schmeitzner. Doch mit der Oktroyierung des Vier-Parteien-Systems in der SBZ erhoffte sich die russische Führung eine Ausstrahlungskraft auf alle Besatzungszonen und damit auch Einfluss. Dies sei dann eben für die Besatzungsmacht in der eigenen Zone nicht erfolgreich gewesen, die KPD kam bei Wahlen nicht auf das gewünschte Ergebnis. Nichtsdestotrotz sei es in den 1940ern üblich gewesen, dass KPD/SED-Funktionäre die sowjetischen Besatzer gebrauchten, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Der Moderator kam auf die Rolle des sowjetischen Geheimdienstes bei der Diktaturdurchsetzung zu sprechen. Hier unterschied Schmeitzner zwei Phasen der Repression. Die erste, interalliiert festgelegt, war der automatische Arrest und Internierung von Funktionsträger des NS-Regimes unabhängig ihrer Taten. Der flächendeckende Prozess entwickelte sich in der SBZ bereits ab 1946 bis 1948 immer mehr zum Repressionsapparat gegen neue politische Gegner, brachte aber auch Willkürpföpfe, die man nach stalinistischer Manier verhaftete. In Leipzig traf dies vor allem „aufmüpfige“, liberal denkende Studenten, die 1947/48 aus politischen Gründen verhaftet und verurteilt wurden.

„Was konnte man wissen? Und wie konnte man davon ausgehen, das ‚bessere Deutschland‘ aufzubauen und dabei die Diktatur nicht sehen?“ wollte Hollitzer von den Podiumsteilnehmern wissen. Foitzik, der sich in dieser Hinsicht kein moralisches Urteil erlauben wollte, nannte ein Beispiel, das die Blindheit und Naivität einiger verdeutlichte: Die juristische Verwaltung in der SBZ, so geht aus den Dokumenten hervor, habe lange Zeit im Glauben des Vorübergehenden gelebt und immer wieder gehofft „ordentliche Gesetze“ zu bekommen, um richtig arbeiten zu können. Den Aufbau einer Justiz in der Diktatur habe man einfach nicht sehen wollen.

Auch Schmeitzner lag ein moralisches Urteil fern. Um herauszufinden, warum Teile der „normalen“ Bürger und der alten Eliten aus der Weimarer Republik mitgemacht haben, müsse man sich anschauen, was einzelne Funktionsträger erreichen wollten. So habe es einige gegeben, die sich auch gegen die sowjetische Besatzung mit ihren tradierten Vorstellungen durchsetzten.

„Welche Erklärung haben Sie für den Aufstand vom 17. Juni 1953, warum kam dieser gerade in der DDR?“ lautete die letzte Frage auf dem Podium. „Gebrodelt hat es überall. Genau klären, warum es in der DDR zum ersten Aufstand kann man da gar nicht abschließend“, so Foitzik, nur sei der entscheidende Unterschied gewesen, dass es in Ost-Berlin noch Westkorrespondenten gegeben habe, die darüber berichten konnten, während man aus der Tschechoslowakei, Polen oder Ungarn, wo auch schon Menschen protestierten, praktisch nichts erfuhr. Solche Zufälle spielten eben auch eine Rolle.

Darauf eingehend fügte Schmeitzner hinzu, dass im Sommer des Jahres 1952 eine Vielzahl von Entscheidungen im Rahmen der II. Parteikonferenz getroffen wurden, die die Bevölkerung mit Missgunst wahrnahm, etwa die Abschaffung der Länder, die

Schließung der innerdeutschen Grenze und der harte Aufrüstungskurs, den die SED auf Betreiben der Sowjetunion ab dem Sommer 1952 fuhr, eben zu sozialen und ökonomischen Lasten der Bevölkerung. Dazu kam der Frust über die Normerhöhung bei der Arbeiterschaft, die sich dann im Aufstand vom 17. Juni 1953 entlud. Bereits im Mai hätte dies der sowjetische Geheimdienst vorausgesehen, wie die Quellen belegen. Auch die Proteste und der Unmut der Bevölkerung reichten weit über die Ereignisse eines einzigen Tages hinaus, bemerkte Schmeitzner abschließend.